

Editorial

Nils Goldschmidt und Gisela Kubon-Gilke

In der Debatte um sozialpolitische Aufgaben und Möglichkeiten wird der kommunalen Ebene in letzter Zeit wieder verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei geht es erstens um Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer zugeteilten oder selbst festgelegten Aufgaben, um die Abhängigkeit von Mitteln, auch zweckgebundener Art, durch Zuweisungen via Bundesländer, dem Bund oder der EU, sowie aktuell z.B. um konkrete Spielräume bei Aufgaben wie der Unterbringung von Flüchtlingen oder der Bereitstellung hinreichend vieler Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder. Nicht zuletzt wegen eines systematischen Wissensproblems zentraler Akteure bedarf die Sozialpolitik der Ergänzung von Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Zweitens wird diskutiert, inwieweit sich kommunale Spielräume durch Verwaltungsreformen und durch den Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente erweitert oder eher eingeengt haben. Drittens werden die komplexen kommunalen Vernetzungsstrukturen diskutiert, in denen die Steuerung der kommunalen sozialpolitischen Aufgaben angesiedelt ist. Dabei spielen u.a. die Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Ausschüssen und sozialen Organisationen eine Rolle. Hierbei gilt es auch, Pfadabhängigkeiten in Bezug auf die kommunalen Wurzeln sozialpolitischen Engagements wahrzunehmen. Viertens beeinflussen aktuelle sozialwissenschaftliche Gerechtigkeitsdiskurse die Grundlagen kommunaler Sozialpolitik hinsichtlich Aufgabenspektrum, Voraussetzungen und Umsetzungsstrategien. Normative Orientierungen in Richtung von Befähigungs- und Inklusionsansätzen fokussieren dabei in letzter Zeit verstärkt auf aktivierende, pädagogische und sozialarbeiterische Aufgaben und Dienstleistungen, die sinnvoll auf der kommunalen Ebene anzusiedeln sind. Letztlich ist es dieser vierte Fragenkomplex, der die Voraussetzung dafür schafft, die drei anderen Fragen- und Diskurszusammenhänge fundiert und mit Blick auf die Interessen aller Gesellschaftsmitglieder behandeln zu können. In diesem skizzierten Themenspektrum bewegen sich die vier Beiträge dieses Sonderheftes der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“.

Frank Schulz-Nieswandt und Hermann Brandenburg beschäftigen sich grundsätzlich mit der Herausforderung bezüglich sozialer Inklusion. Es reicht gemäß ihrer Überlegungen nicht aus, nur rein formale Zugangshürden abzubauen. Sie skizzieren ein Menschenbild auf sozialpsychologischer Grundlage (homo patiens) und folgern, dass Institutionen und Anreizsysteme auch in ihrer Wirkung auf kulturell geprägte Haltungen der Menschen überprüft werden müssten. Um inklusionsförderliche Einstellungen und Motive zu unterstützen, ist ihrer Analyse nach die lokale Netzwerkbildung ein zentrales Element gelingender kommunaler Sozialpolitik. Netzwerkbildung muss so gestaltet werden, dass geeignete mentale Modelle der wahrgenommenen Gegenseitigkeit in der Entstehung und Stabilisierung gestützt werden. Die Autoren zielen letztlich auf eine integrierte Versorgungs- und Unterstützungslandschaft, auf vernetzte Sozialräume zur kulturellen Entwicklung des Menschen.

Martin Kronauer geht in seinem Beitrag auf aktuelle Entwicklungen der kommunalen Sozialpolitik ein, so etwa auf die Armutsentwicklung, die Einkommenspolarisierung und die räumliche Armutskonzentration in bestimmten Stadtteilen. Seine Problemanzeigen und Lösungsvorschläge haben eine gewisse Nähe zu Grundsatzüberlegungen von Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft, wie z.B. zu den Vorstellungen von Alexander Rüstow. Rüstow forderte u.a. eine aktive Auseinandersetzung mit Wohnverhältnissen und Siedlungsfragen, um Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr Leben selbstverantwortlich und gelingend zu gestalten. Kronauers Vorstellungen zu einem Umsteuern in der Wohnungspolitik, einer Neubelebung sowohl des sozialen Wohnungsbaus als auch einer Wiederaufnahme der Bundesunterstützung des Projektes „Soziale Stadt“ können in einem solchen Sinne rückgebunden werden an ältere subsidiär geprägte Vorstellungen zu politischen Aufgaben in einem marktwirtschaftlichen System. Die von Kronauer angestoßene Diskussion zeigt zudem enge Anknüpfungspunkte zur modernen Stadtsoziologie und zu Lebenslagenforschung.

Sonja Reimer stellt in ihrem Beitrag dar, in welchem gesetzlichen Rahmen und in welchen komplexen Aufgabenerfüllungszusammenhängen und Netzwerken sich die kommunale Sozialpolitik bewegt. Dies verdeutlicht sie am Beispiel des großen Aufgabenspektrums der Kinder- und Jugendhilfe. Ihre Deskription und Analyse zeigt, dass es über den rechtlichen Rahmen hinaus für gelingende Kooperationsbeziehungen und Netzwerkbildungen in der kommunalen Sozialpolitik weitergehender politischer und ideeller Voraussetzungen bedarf.

Stephan Grohs bedient in seinem Beitrag in erster Linie die Frage zur konkreten Steuerung der kommunalen sozialpolitischen Aufgaben. Er geht u.a. auf Vorgaben der so genannten „Neuen Steuerung“ und der damit verbundenen Verwaltungsreformen sowie neuer wettbewerblicher Elemente in der Beauftragung von Trägern der Wohlfahrtspflege ein. Er attestiert den Kommunen, dass sie durchaus gestalterisch und aktiv tätig sein und nicht nur eingeschränkt im Rahmen delegierter und klar definierter Aufgaben durch Bund und Länder handeln können. Die Umsetzung der Verwaltungsreformen sind für ihn jedoch noch nicht abgeschlossen, u.a. wegen „subversiver“ Anpassungsversuche an die alten Strukturen.